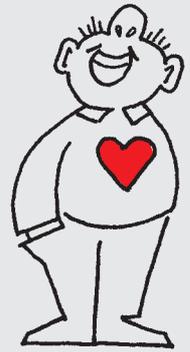


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



4/2011

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Unser neuer Ortsvorstand ist gewählt ...

... und hat seine Arbeit aufgenommen. In der Wahlversammlung am 17.03.2011 wurde Anke Schwarzenberg (4.v.r.) als Ortsvorsitzende wiedergewählt. Weitere Mitglieder sind (auf dem Foto von links nach rechts): Jürgen Fischer, Renate Flemmig, Horst Beier, Anita Konzack, Andreas Beckmann, Andre Müller, Birgit Beier und Wilfried Krüger sowie Cornelia Janisch (nicht auf dem Foto). Neben der Optimierung innerparteilicher Arbeit gilt ihr Engagement auch in Zukunft den Interessen der Forster Bürger. Ideen und Anregungen dazu sind jederzeit willkommen und werden von den Genossinnen und Genossen persönlich oder in der Geschäftsstelle der LINKEN gern entgegengenommen.



Wer vom Ziel nichts weiß, wird den Weg nicht finden

Dieser Satz aus einem Gedicht von Christian Morgenstern trifft auf all diejenigen zu, die als politisch Verantwortliche der Stadt Forst nicht wahrnahmen, dass in dieser Stadt Demokratiefeinde ihr Unwesen treiben wollten und dies auch taten.

Gesicht zeigen war deshalb das Motto am 19. März dieses Jahres! Gesicht zeigen gegen Nazis, welche die ab 1. Mai einsetzende Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Anlass nahmen, ihre ausländer- und demokratiefeindlichen Strategien den Forster Bürgerinnen und Bürgern vermitteln zu wollen und die Angst vor dem Jobverlust zu schüren. Nur DIE LINKE und die SPD stellten sich gegen die braunen wissensfreien Brandstifter.

Die Frage, die sich dabei stellt: Wo waren denn die anderen ebenfalls in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien? Die Teilnahme an solch einer Aktion ist auch eine Möglichkeit, etwas für die Stadt Forst zu tun. Es reicht eben nicht von Wahlplakaten oder Zeitungsbildern herabzugrinsen. Und wo war der Forster Bürgermeister? Dessen Pflicht

wäre es gewesen, als Stadtoberhaupt in erster Reihe gegen die Nazis zu stehen. Den Jugendlichen von PARK 7 gilt an dieser Stelle mein Dank für ihre Bereitschaft, Forst nicht den Braunen zu überlassen und Präsenz zu zeigen, und dies in einer vorbildlichen Art und Weise. Das sei auch einmal denjenigen gesagt, die gegen den Betriebskostenzuschuss von 3.000 Euro gestimmt haben und für die der PARK 7 ein Dorn im Auge ist. Für Forst ist der PARK 7 eine Bereicherung. Um dieses Projekt wird Forst von so manch einer anderen Stadt beneidet. An dieser Stelle muss auch der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz, bei dem ich selbst Mitglied des Sprecherrates bin, genannt werden. Dessen Präsenz an diesem Tag war dürftig. Von den am Runden Tisch eingeschriebenen Institutionen war nur ein kleiner Teil vor Ort. Eigentlich dachte man, über diese Phase hinweg zu sein und andere vielfältige Probleme anpacken zu können, liegt doch zum Beispiel schon ein neues Projekt bereits in den Anfängen vor. Doch das eigentliche Anliegen und der Grund für die Gründung

des Runden Tisches war und ist es, Strategien zu finden, um sich noch besser gegen rechtsextreme Versammlungen, Demos, Infostände oder Mahnwachen wehren zu können. Schade, hier wurde eine Chance zur besseren öffentlichen Wahrnehmung und Darstellung vertan. Zum Ende möchte ich noch das eingangs angesprochene Ziel nennen. Es ist zu verhindern, dass rechtsextreme, antidemokratische Parteien und deren Vertreter in die Stadtverordnetenversammlung und in andere Parlamente einziehen können.

Andreas Beckmann

Wir laden herzlich!

Am 1. Mai 2011

Max-Seydewitz-Platz

Info-Stände • Diskussionen • Ansprachen
Kulturelle Umrahmung
Gastronomische Versorgung

Macht mit beim traditionellen Autokorso
Treffpunkt 9 Uhr auf dem Aldi-Parkplatz!

Schorschels Stadtgeflüster

Endlich!! – Ich habe ihn, meinen persönlichen Stadtparkplatz, getreu dem Motto: Jedem seine eigene Autoabstellstelle. Vor 40 Jahren hieß das zwar mal »Jedem seine eigene Wohnung«, und die Menschen waren alle traurig, weil sie ja lieber ein Auto als eine Wohnung wollten (hat mir ein 21-jähriger DDR-Kenner aus dem Saarland erzählt), aber heute freut sich meine Rostlaube über das Wartepfätzchen und die Autos von S&D gleich mit, weil diese ja helfen, die gestalteten Freiflächen zu vollenden. An dieser Stelle aber erst einmal ein vorösterliches Hallöchen, liebe Freunde und Nichtfreunde des MB-Blattes. Nach gründlicher Recherche gelang es mir nun auch, die Bedeutung des Wortes Stadtumbau herauszufinden. Das Wort

stammt aus der mittelhochdeutschen Bonner Kanzleisprache und bedeutet ins Hochdeutsche übersetzt so viel wie plattmachen, einebnen. Da ich aber immer artig sein will, höre ich jetzt mit den Sticheleien und dem ständigen Gemeckere auf. Unsere verehrte Leserbrief-Leserin hat nämlich Recht! Machen wir es lieber so wie die meisten unserer klugen und altklugen Stadtverordneten, die im Volksmund übrigens die Abnicker vom Dienst genannt werden, und betrachten die jetzige Kommunalpolitik als alternativlos – was Schwarz-Gelb kann, das kann Forst schon lange! Klasse fand ich den Aprilscherz des Forster Wochenblattes mit der Bio-Gasanlage in der Berliner Straße. Angst habe ich jetzt nur, dass es wirklich irgendwo zwischen Tallin und Französisch Guayana einen Euro-Fördertopf für Biogas-Anlagen im Stadtzentrum gibt, und so ein Verwaltungsförster nun mit spitzen Fingern versucht, diesen Topf anzuzapfen! Trotzdem ein frohes Osterfest,

Euer Schorschel



Demokratische Entscheidungen erfordern immer einen angemessenen Zeitraum, sowohl für die Information als auch für die jeweils notwendigen Beratungen. Diese

Erfahrung machen wir Stadtverordnete immer wieder, jeder von uns weiß das.

Im Entscheidungsprozess zum Haushalt 2011 wurde uns dieser Zeitraum nicht gewährt. Unverständlich dabei ist, dass selbst gewählte und davon betroffene Stadtverordnete auf diesen Umstand keine Rücksicht nahmen.

So wurde die Haushaltsdiskussion trotz unserer ständigen Hinweise zum engen Terminplan in einem rasenden Tempo durchgepeitscht.

Unsere gestellten Änderungsanträge zum Haushalt konnten wir somit nur kurzfristig stellen, und eine Vorberatung in den Ausschüssen war damit nicht mehr möglich.

Scheinbar Demokratie?!

Aufgrund eines 26-Millionen-Euro-Haushaltslochs wollten wir diesmal andere Wege gehen, um eine weitere Streichung bzw. Reduzierung von freiwilligen Aufgaben zu verhindern.

Ziel war es, finanzielle Mittel für Investitionen umzuleiten.

Unser Vorschlag lautete: Streichung des Städtischen Zuschusses zur Freiflächengestaltung Albertstraße/Ecke Bahnhofstraße Ost- und Westseite in Höhe von insgesamt ca. 41.000 Euro. Diese Maßnahmen sind sicher wünschenswert, aber nicht dringlich.

Das Geld sollte für die Haushaltskonsolidierung verwendet werden und die Senkung des Zuschusses der Stadt Forst für Essengeldversorgung in den Kitas, die Einführung einer Benutzungsgebühr für die Bibliothek sowie die Senkung der Zuschüsse für Sachkosten in den Kitas der Freien Träger sollten dafür aus dem Haus-

haltungssicherungskonzept gestrichen werden.

Der Vorschlag wurde ohne Sachdiskussion mehrheitlich von den Stadtverordneten abgelehnt.

Begründet wurde diese Ablehnung mit dem vorhandenen Zuwendungsbescheid zu den beantragten Fördermitteln.

Eine Veränderung innerhalb eines solchen Bescheides ist nur mit einem Maßnahmenwechsel oder mit dem Verzicht auf Fördermittel möglich. Dazu war die Mehrheit nicht bereit.

Nun können wir nicht ganz auf Investitionen verzichten, aber das ist auch nicht unsere Absicht, sondern eine intensive Prüfung jeder einzelnen Maßnahme auf unabdingbare Notwendigkeit und Nachhaltigkeit soll und muss dabei immer im Vordergrund stehen.

Anke Schwarzenberg,
Stadtverordnete



In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde von unserer Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatung ein Antrag eingebracht, über den Abriss der Wohnblöcke in der Berliner Straße nochmals zu beraten und einen eigenständigen Beschluss zu fassen.

Die anderen Fraktionen hatten daran aber kein Interesse. Nur drei Abgeordnete außerhalb der LINKEN stimmten dem Antrag zu. Dieser wurde dann mit 10 zu 14 Stimmen abgelehnt. Einige Abgeordnete erklärten, sie wären mit unseren Haushaltsanträgen so kurzfristig überfordert. Dies muss nun jeder einzelne Kommunalpolitiker selbst seinen Wählern erklären. Was es aber an diesem Antrag nicht zu verstehen gibt, wäre dann schon mal eine spannende Frage. Ohne weitere Diskussion sollen nun 174 Tausend Euro Fördermittel eingesetzt werden, um die Fläche neben der Post platt zu machen. Sicher gibt es sachliche Grün-

Abriss – interessiert uns nicht!

de, die einen weiteren Rückbau an Wohnungen notwendig machen, wenn dabei aber das gesamte Innenstadtbild deformiert wird, sollte man sich erst mal um alternative Lösungen bemühen. Gerade in einem Bereich, wo Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Versorgung eng nebeneinander liegen, sollte es möglich sein, Wohnungen gerade für ältere Bürger anzubieten. Umbaukonzepte müssen nicht neu erfunden werden, sie sind in anderen Städten längst vorhanden. Auch der Rückbau von Etagen, in Forst angeblich extrem schwer zu realisieren, findet andernorts statt. Wir, als LINKE, kennen die wirtschaftlichen Daten unserer Wohnungsbaugesellschaft und wissen, dass jede leer stehende Wohnung Kosten verursacht, aber das gibt uns nicht das Recht, einfach nach dem Abrissbagger zu rufen. Zu Beginn der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts entstand die nach dem 2. Weltkrieg stark zerstörte und nur teilweise wieder aufgebaute Berliner

Straße neu. Nun kann man Plattenbauten mehr oder weniger schön finden, aber die jetzige Bebauung ist immer noch deutlich besser als neue Freiflächen ohne Zukunft. Ein Bürgermeister, der öffentlich erklärt, er wolle die Ruinen der vielen Forster Tuchfabriken erst mal stehen lassen, weil in Jahrzehnten vielleicht mal neue Chancen bestehen könnten, sollte den Bürgern schon erklären, warum dies für die sozialistische Architektur im Zentrum der Stadt nicht gilt. Dies würde allerdings eine Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung erfordern, und auf diese warten wir ja schon länger.

Der SPD-Abgeordnete Rainer Kliche, gleichzeitig Vorsitzender des Seniorenbeirats, positionierte sich in der Sitzung besonders deutlich gegen unseren Antrag. Vielleicht fragen ihn die Mitglieder des Seniorenbeirats mal, ob das den Vorstellungen der älteren Bürger unserer Stadt entspricht.

Ingo Paeschke, Fraktionsvorsitzender

Leser- meinungen



Nur die halbe Wahrheit

Wenn Menschen ihre parteipolitische Brille aufsetzen, dann bleibt oft die Objektivität auf der Strecke. Geradezu ein Musterbeispiel lieferte der Leserbrief im »Forster Wochenblatt« (Nr. 11, 18.03.11) von Jürgen Rother, Ortsvorsitzender der FDP, zum Bürgerbegehren gegen Schulschließungen, auch in der »LR« gab es eine entsprechende Information.

Ausführlich wird die Verantwortlichkeit der Landesregierung dargestellt. Kein Wort zu der notwendigen Finanzierung. Die Forster FDP lädt die Bildungsministerin ein und wird darüber die »interessierte Öffentlichkeit« informieren.

Ist es nicht aber so, dass vom Kämmerer in der Kommune bis zum Finanzminister des Landes vor allem Schulden verwaltet und die Spielräume immer enger werden?

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Rother daran erinnern: Die FDP sah es als wichtigste Maßnahme bei ihrem Regierungsantritt im Bund an, die Mehrwertsteuer für die Hotels von 19% auf 7% zu senken (für Kinderbekleidung muss aber z.B. nach wie vor der Höchstsatz bezahlt werden). Durch diese einseitige Begünstigung einer Lobbygruppe gehen Steuereinnahmen in einstelliger Milliardenhöhe verloren.

Die FDP wehrt sich vehement gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit belasten arbeitende Menschen weiterhin die Sozialsysteme mit Milliarden Euro, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht (allein in Brandenburg sind es 20000 Vollzeitbeschäftigte).

Die FDP profiliert sich als Steuersenkungspartei und schützt damit vor allem die Reichen in Deutschland, nicht umsonst gilt sie als Partei der Besserverdienenden. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wäre z.B. eine Maßnahme, die Geld in das leere Staatssäckel bringt.

Als es um die Bankenrettung ging, da gab es keine Haftung für die Verantwortlichen, dagegen flossen Steuergelder in unvorstellbarer Größenordnung. Auch sonstige Konsequenzen wurden nicht wirklich gezogen.

Bei Bildung, Kultur und Sport fehlt jedoch in der »Bildungs«republik das Geld, nicht nur in Brandenburg, sondern wegen der Politik der Bundesregierung überall.

Diese Aufzählung vom Wirken der FDP als Regierungspartei ließe sich ohne Probleme fortsetzen.

Wenn also Schulschließungen künftig vermieden werden sollen, mich schmerzt die Schließung der Noßdorfer Schule genauso wie die in Keune, dann muss sich generell etwas ändern, und dafür trägt auch die FDP Verantwortung.

Mein Vorschlag:

Erst einmal die Verantwortungsträger der eigenen Partei einladen, mit ihnen die Konzepte zur Lösung der aufgeworfenen Probleme diskutieren und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Noch eine Bemerkung zum Schluss:

1954/55 waren wir 37 Schüler in den 8. Klassen in Noßdorf, es gab unter den damaligen Bedingungen eine 8 a und eine 8 b.

Siegfried Schneider

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit längerem lese ich das Malxe-Blatt. Was mich ärgert, das sind ständige Sticheleien gegen beinahe alles. Ich persönlich freue mich sehr darauf, dass 2013 der Ostdeutsche Rosengarten 100 Jahre alt wird und dieses gefeiert wird und zwar mit einer Deutschen Rosenschau. Ich bin sicher alles andere als nationalistisch eingestellt, aber, dass sich Rosenzüchter aus ganz Deutschland in Forst treffen werden, macht mich froh und stolz auf meine Heimatstadt. Und das der Rosengarten wieder zu einem ansehenswertem Park geworden ist (es hat sicherlich keiner vergessen, wie er in den 80er Jahren aussah) macht mich ebenso froh. Denn ich lebe gerne in Forst. Wenn Forst von sich reden machen kann, dann sollten wir das alle unterstützen. Mit Ideen, mit Gastlichkeit. In dieser Beziehung sollte es kein Parteiengeklänkel geben. Wer das Kind mit dem Bade ausschüttet, hat am Ende nichts gewonnen. Von dem Parlament, das über die Geschicke meiner Stadt entscheidet, erwarte ich verantwortungsvolles Miteinander. Ich bin froh, dass es Menschen in unserer Stadt gibt, die nicht nur meckern und klagen, sondern sich mit großem Engagement dafür einsetzen, dass in dieser Stadt die Hoffnung auf Zukunft nicht verloren geht.

Mit dennoch freundlichen Grüßen,
Ingrid Ebert

Spruch des Monats

»Eine schlechte Sache erregt,
eine gute verträgt viel Kritik.«

Charles Tschopp

Bemerkenswerte Frauen

Zuschrift von Gudrun Ritschel

Da in diesem Jahr der Internationale Frauentag zum 100. Mal begangen wurde, nutze ich die Möglichkeit, eine Frau vorzustellen, die ich persönlich nach der Wende kennenlernte – Gisela Kullina (1936 – 1997). Zu DDR-Zeiten war sie als Agronomin tätig und Mitglied in einem Zirkel »Schreibender Arbeiter«. Trotz ihrer schweren Erkrankung meldete sie sich nach der Wende zu Wort – ihr

Motiv: »Ich will mit meinen Gedichten den Mutlosen trotz allem Mut machen. ... Meine Hoffnung ist, hinter all dem Schweren Licht-Blicke zu sehen.«

Ratlos

Mein Land ist mir
fremd geworden
ich stamme
von der falschen Seite
und habe
so höre ich immer wieder
vierzig Jahre
nicht richtig gelebt
Und doch war mir
wärmer
als jetzt

Mein Land

Mein Land
das war nicht bloß ein Wahn
da steckt mein Leben drin
da zog ich meine Kinder auf
da wurd ich wie ich bin
jetzt steh ich zwischen
UNS und EUCH
und weiß nicht ein noch aus
auf einer erhobenen Grenze
steht mein rissiges Haus

Gisela Kullina



Übrigens waren die »Rosenkavaliere« der LINKEN am 8. März wieder gern gesehen bei den Frauen.

Erwartung erfüllt!

Die Polizeireform in Brandenburg kommt. Die Wache in Forst bleibt als polizeiliche Einrichtung bestehen, wird zukünftig aber nicht mehr durchgehend besetzt sein. Damit wird es in der Region nur in Cottbus noch eine 24 Stunden besetzte Inspektion geben. Die Anzahl Polizeifahrzeuge soll konstant bleiben. Der polizeiliche Einsatz wird also auch zukünftig gewährleistet sein. Das Ergebnis entspricht der von uns in der Diskussion zur Polizeireform vertretenen Position.

Ingo Paeschke,
Fraktionsvorsitzender

Cottbus, den 16.03.2011

Offener Brief Sehr schneller Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit größter Sorge um die betroffenen Menschen verfolgen wir die fast schon verzweifelten Bemühungen, die in Japan unternommen werden, um die sich ständig zuspitzende Situation im beschädigten Atomkraftwerk Fukushima wenigstens teilweise zu entschärfen. Während wir dies schreiben, ist der Erfolg der lebensgefährlichen Anstrengungen jedoch höchst ungewiss.

Während wir früher, wie viele Menschen, die Nutzung der Atomenergie einschließlich der Kernfusion für die ideale Lösung zur Befriedigung des Energiebedarfs hielten, sehen wir heute darin unkalkulierbare Risiken. Diese bestehen

1. in der Tatsache, dass komplizierte Systeme sehr störanfällig sind, so dass sich trotz aller Vorsicht nicht alle tatsächlich auftretenden Probleme vorhersehen und beherrschen lassen.
2. Zu diesen technischen Unsicherheiten kommt die Fehlbarkeit des Menschen. Von schlichter Unkonzentriertheit bei der Arbeit über geistige Störungen Beschäftigter bis zu Böswilligkeiten aller Art gibt es eine breite Palette von Möglichkeiten. Nur wer noch nie einen vermeidbaren Fehler begangen hat, mag uns widersprechen.
3. Verschärft wird die Gefahr noch durch die Gewinnsucht mancher Unternehmen, die den Profit über die Sicherheit stellen. Als das Fernsehen die unverantwortlich liederliche Lagerung von Atommüll im Lager Asse zeigte, war endgültig klar, dass dieser Aspekt größte Beachtung erfordert.

Wir fordern Sie daher dringend auf:

- Nutzen Sie all Ihre Kompetenzen und veranlassen Sie, entgegen allen Schwierigkeiten und Widerständen den vollständigen Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Nutzung der Kernenergie. Schalten Sie alle Atommeiler so rasch, wie technisch möglich, ab und sorgen Sie für eine sichere Endlagerung der atomaren Abfälle!
- Fördern Sie noch mehr als bisher die Nutzung erneuerbarer, speziell solarer Energien, ohne dafür Nahrungsmittel zu missbrauchen.
- Nutzen Sie Ihren außenpolitischen Einfluss, um andere Länder in gleicher Weise zu überzeugen.

Hochachtungsvoll
Brunhilde Loeff

Dr. med. Dietrich Loeff

Eine kleine Bitte

Liebe Leserinnen und Leser, in dieser MB-Ausgabe haben wir einen Überweisungsträger mit der Bitte um eine kleine Spende zur Finanzierung unserer kleinen Zeitung beigelegt.

Ihre Spende hilft uns, das Malxeblatt monatlich zu Ihnen in den Briefkasten zu bringen und Sie damit über die Arbeit unserer Stadtverordneten sowie über die Politik der LINKEN in Stadt und Land umfassend und regelmäßig zu informieren.

Wir bedanken uns schon jetzt bei Ihnen, bleiben Sie uns weiterhin treu.

Anke
Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
Mi., 13.04., 17:00 Uhr: **AG »Soziales«**
ag-soziales-forst@gmx.de
Di., 26.04., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
Mo., 02.05., 18:30 Uhr: **AG Malxeblatt**
Di., 03.05., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**

Kranzniederlegung

Am **Sonntag, dem 8. Mai**, findet um **11.00 Uhr** auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof eine **GEDENKVERANSTALTUNG** zum 66. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition und der Beendigung des 2. Weltkrieges statt.

Geburtstage

16.04.: 66 Jahre Peter Kunze 10.05.: 70 Jahre Eugen Rudolph
20.04.: 77 Jahre Gertraud Mahling 12.05.: 62 Jahre Anita Konzack

*Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren,
auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

»Ich danke Ihnen für alles, was Sie für mich getan haben, Frau Merkel!«
»Sie dürfen ruhig Frau Doktor Merkel zu mir sagen!«
Robert Niemann



Aus Malxe-Blatt Nr. 4/11

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.